

SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln
Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Köln

An die Oberbürgermeisterin
Henriette Reker

An den Ausschussvorsitzenden
Michael Paetzold

Eingang beim Amt der Oberbürgermeisterin: 05.03.2020

AN/0330/2020

Dringlichkeitsantrag gem. § 12 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Ausschuss Soziales und Senioren	05.03.2020

Struktur der Arbeitslosenzentren in Köln aufrechterhalten

Sehr geehrte Frau Reker,
sehr geehrter Herr Paetzold,

die Antragsteller bitten Sie, folgenden Dringlichkeitsantrag auf die Tagesordnung der kommenden Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren zu setzen.

Beschluss:

Der Ausschuss Soziales und Senioren fordert die Landesregierung auf,

1. die jahrelange Expertise und Arbeitserfahrung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aller Arbeitslosenzentren und Erwerbslosenberatungsstellen anzuerkennen;
2. die bisherige Beratungsarbeit und Tätigkeit zur Stabilisierung von Langzeitarbeitslosen als Kerntätigkeit der Arbeitslosenzentren und Erwerbslosenberatungsstellen beizubehalten und auch über 2020 auskömmlich zu fördern;
3. Arbeitsschutz als unabhängiges Aufgabenfeld zu betrachten und ein eigenes flächendeckendes Beratungssystem zu entwickeln, das speziell für den Themenkomplex ausgebildet ist. Die Erwerbslosenberatungsstellen und Arbeitslosenzentren können dabei als wichtige Kooperationspartner in die Planung einbezogen werden.

Begründung:

Die Landesregierung plant, die Zuschüsse für Arbeitslosenzentren künftig in die Beratung von Arbeitnehmern, die von Ausbeutung betroffen sind, umzuleiten. Diese neue Aufgabe sollen künftig Erwerbslosenberatungsstellen übernehmen; Arbeitslosenzentren sind dafür nicht vorgesehen.

In Köln sind allein sieben Einrichtungen Arbeitslosenzentren: ABC Höhenhaus, BFmF e.V., Frauen gegen Erwerbslosigkeit e. V., Kellerladen e.V., Lindweiler Treff (Diakonie), Veedel e.V., ECHO Chorweiler. Da sie mit einem niedrighschwelligem Empowerment-Ansatz ein deutlich anderes Instrument als Erwerbslosenberatungsstellen darstellen, läuft diese Entscheidung der Landesregierung nicht auf Vermeidung von Doppelstrukturen, sondern auf Abschaffung eines der Instrumente gegen Langzeiterwerbslosigkeit hinaus.

In Köln ist die Zahl der Langzeitarbeitslosen im letzten Jahr leicht rückläufig gewesen. Nichtsdestotrotz sind immer noch 55,5 % der Erwerbslosen in unserer Stadt langzeiterwerbslos. Das sind über 18.000 Menschen. Mit zunehmender Dauer der Erwerbslosigkeit stellen sich Effekte ein, denen am besten durch ein zunächst niedrighschwelliges Angebot begegnet werden kann. Deswegen ist das Angebot, das Arbeitslosenzentren bereitstellen, auch für die nächsten Jahre unverzichtbar.

Begründung der Dringlichkeit:

Erfolgt mündlich

Mit freundlichen Grüßen

gez.
Dr. Barbara Lübbecke
SPD-Fraktionsgeschäftsführerin

gez.
Michael Weisenstein
Fraktionsgeschäftsführer DIE LINKE